

---

## Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 4  
Datum 21. Mai 2014

---

30 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde  
**Jahresrechnung 2013**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Zum Vorgehen: Es ist wie jedes Jahr, wir halten zuerst einen Teil für allgemeine Bemerkungen ab. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten und dann noch die Produkterrechnung NPM, Berichterstattung für die Sekundarstufe I behandeln. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat an ihrer Sitzung die Jahresrechnung kapitelweise durchgearbeitet. In Anwesenheit von Gemeinderat Kurt Jörg und Finanzverwalter David Portner. Wir danken den beiden Herren, dass sie unsere Fragen beantwortet haben und wir danken auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Rechnungsablage, die wir wieder in gut nachvollziehbaren Zusammenstellungen erhalten haben. Ein paar Punkte werden wohl in der Detailberatung aufgenommen:

- Mehrwertabschöpfung Lättere: Warum wurde sie nicht budgetiert? Es ist klar, man wusste nicht, wann sie kommt, weil gemäss Infrastrukturvertrag entweder bei der Realisierung oder beim Verkauf der Betrag zur Zahlung fällig ist
- Gibt es eine Zweckbindung für die Verwendung des Ertrages?
- Antennen- und Kabelanlagen (Rechnung S. 9, Konto 321.365.02): Warum genau mit welcher Rechtsgrundlage wird der EBL Telecom AG ein höherer Beitrag zur Verbilligung der Abonnementsgebühren überwiesen als budgetiert: Fr. 683'640.00 statt Fr. 668'160.00? Waren die Entscheidungsgrundlagen beim GGR-Entscheid über den Verkauf der Grossgemeinschaftsanlage GGA diesbezüglich unvollständig? Wie wirkt sich die höhere Zahlung in Bezug auf den Restbestand der Spezialfinanzierung nach zehn Jahren Gebührenverbilligung aus?
- Die Begründung: Das ganze sei neu auch der Mehrwertsteuer unterstellt und das sei dort nicht einberechnet worden, vorher sei die Anlage ja in Gemeindebesitz gewesen. Gibt es eine Rechtsgrundlage, warum wir einen höheren Beitrag an die Abonnementsgebühren zahlen?
- Nettoaufwand Sozialhilfe (Rechnung S. 10, Funktion 580): Ist die erwähnte Steigerung des Nettoaufwands im Vergleich zum Budget auch auf zu tiefe Budgeterwartungen zurückzuführen? Wenn ja, weshalb und in welchem Ausmass? Die Begründung lautete: Man rechnete damit, dass für die Gemeinde weniger Kosten anfallen, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB wegfällt. Deshalb hat man tiefer budgetiert und dabei festgestellt, dass dies nicht eingetreten ist. Ich nehme an, dass der Finanzvorsteher sich dazu noch äussern wird.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Rechnung ist erfreulicherweise besser ausgefallen als budgetiert. Entgegen dem budgetierten und im Voraus berechneten Fehlbetrag von ca. Fr. 1 Mio. hat die Rechnung 2013 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 140'000.00 abschliessen können. Wenn aber berücksichtigt, dass die voraus berechneten Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen um Fr. 430'000.00 nicht erreicht wurden; dies haben wir letzten Herbst prognostiziert; und die wesentlichen Besserstellungen in der Rechnung gerade reichen, um die Mindereinnahmen zu kompensieren, ist dieser Abschluss umso erfreulicher.

Was ist der Grund für die Besserstellung? Wie Sie der Rechnung entnehmen konnten, wurde auf der Lättere eine Mehrwertabschöpfung fällig. Und zwar von Fr. 1,3 Mio.. Die Fälligkeit konnte nicht budgetiert werden, weil der Zeitpunkt nicht bekannt war. Sie haben es gemerkt: Fr. 1,3 Mio. Mehreinnahmen haben zu einen Ertragsüberschuss von "nur" Fr. 140'000.00 geführt. Ich darf hier feststellen, dass die exakte und aufwändige Budgetierung sich bezahlt macht. Wir sind ja froh über unerwartete Mehreinnahmen, wenn dadurch eine Besserstellung erreicht werden kann. Aber wie gesagt, es war durch unerwartete Einnahmen; budgetiert war grundsätzlich nicht schlecht. Der Überschuss, wird wie bis anhin für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Die Finanzlage der Gemeinde stabilisiert sich mit diesem Betrag weiter. Die Mehrheit ist der Meinung, dass das Eigenkapital von Fr. 14,7 Mio. genügend ist. So hat es keinen Wert, dieses weiter aufzustocken. Deshalb dient es den ordentlichen Abschreibungen.

Im Rechnungsjahr 2013 haben die ausserordentlichen hohen Investitionen von Fr. 7,7 Mio. in der Laufenden Rechnung aus eigenen Mitteln beglichen werden. Damit kann ich festhalten, dass am 31. Dezember 2013 keine Fremdschulden vorhanden waren. Das ist für unsere Gemeinde sehr erfreulich. Dies mein Eingangsreferat, nun zu den Antworten auf die Fragen der GPK. Zur Antennenanlage: Nach kantonaler Gemeindeverordnung, Artikel 91, werden die Gebühren immer ohne Mehrwertsteuer berechnet. Selbstverständlich ist aber die Mehrwertsteuer geschuldet und muss am Schluss aufgerechnet werden. Das ist in Bericht und Antrag nicht ganz so gut zum Ausdruck gekommen. Die Beträge waren aber immer mit dem Hinweis "exklusive Mehrwertsteuer" versehen. Somit sind die Berechnungen, wie lange die vorhandenen Mittel zur Verbilligung der Kabelgebühr reichen, nicht ganz korrekt. Eben wegen der fehlenden Mehrwertsteuer. Wir können aber davon ausgehen, dass die vorhandenen Mittel trotzdem für die gesamten zehn Jahre reichen und dass auch ein Restbetrag übrig bleibt, der dann in die allgemeine Gemeindekasse fliesst. Und dies nicht, weil das vorhandene Kapital auf "dubiose" Art vermehrt wird. Es hat einen einfachen Grund: Die Abnahme der Abonnenten ist wesentlich grösser, als man es seinerzeit in der Rechnung eingesetzt hat. Deshalb reicht das vorhandene Kapital, auch wenn es keine Abnahmen mehr gibt, aus, es bleibt ein Betrag übrig für die allgemeine Gemeindekasse.

Zur Mehrwertabschöpfung: Zollikofen hat kein Reglement, wie die Zweckbindung sein sollte. Die Verwendung der Mehrwertabschöpfung wurde bei uns nie zum Voraus bestimmt, gestützt auf die konstante Praxis und das Stetigkeitsprinzip ist die Mehrwertabschöpfung der Laufenden Rechnung gutgeschrieben worden. Diese wurde beim Verkauf des Projektes fällig, die Eigentümer des Landes haben das Projekt verkauft, die Mehrwertsteuer wurde fällig. Wenn sie selber gebaut hätten, wäre die Mehrwertabschöpfung bei der Abnahme des Schnurgerüstes fällig worden.

Mirjam Veglio, Gemeinderätin: Es ist nachvollziehbar, dass eine Budgetabweichung in diesem Ausmass Fragen aufwirft und ich kann diese hier beantworten. Die Abweichung im Konto ist hauptsächlich auf die wirtschaftliche Hilfe zurückzuführen, vor allem auf der Aufwandseite, ein Teil aber auch auf der Ertragsseite. Wie kommt es dazu? Der Aufwand 2013 im Voranschlag basiert auf einer Hochrechnung Mitte Juni 2012. Man geht von möglichst neuen Zahlen aus, um allfällige Trends mit in die Budgetierung einbeziehen zu können. Wir gingen seinerzeit von einer Zunahme der Fälle von zwei Prozent aus, das war zu lesen. In Zahlen ergibt dies ein Budget von rund Fr. 5,75 Mio. Dann wurde der Bereich Vormundschaft in Abzug gebracht, er ging zum Kanton über. Das haben wir mit Platzierungskosten von rund

Fr. 900'000.00 beziffert. Daraus resultierte der Voranschlag 2013 mit Fr. 4,85 Mio., so wie er im Budget ist.

Die Realität hat sich leider nicht an das Budget gehalten, Sie sehen dies in der Rechnung 2013. Bereits im zweiten Halbjahr 2012 hat die wirtschaftliche Hilfe stark zugenommen, das erklärt auch die Diskrepanz zwischen Rechnungsabschluss 2012 und Voranschlag 2013. Es ist ja hier mit zwei Prozent und sieben Prozent erklärbar, aber so kann man es nachvollziehen. Im Jahr 2013 stiegen die Kosten für die wirtschaftliche Hilfe weiter an und dies nicht, weil die Ansätze in der Sozialhilfe, also die SKOS-Richtlinien geändert hätten, sie sind genauso wie in den gesetzlichen Vorschriften und in der Gemeinde nicht direkt steuerbar. Was man feststellen kann: Die Anzahl Fälle und die Anzahl unterstützter Personen im Vergleich zu 2012 im Jahr 2013 deutlich zugenommen haben. Zum Verständnis: Ein "Fall" kann eine Einzelperson sein, aber auch eine grössere Familie. Und wir haben gemerkt, dass die Unterstützungsdauer auf der Zeitachse zunimmt, Menschen können weniger rasch von der Sozialhilfe abgelöst werden.

Wichtig ist, aufzuzeigen, dass Zollikofen keine Ausnahme ist. Ein Schreiben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion bezieht sich auf eine repräsentative Hochrechnung im Mai 2013, ich zitiere: "Die Hochrechnung wies eine beunruhigende Zunahme der Kosten im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe auf". Dieser Trend ist gesamtkantonal für das Jahr 2013 zu verzeichnen. Ich kann nicht abschliessend beantworten, weshalb sie ansteigt, habe aber drei Punkte notiert, die für uns Hauptgründe sein könnten. Einerseits ist es auf die Kürzung der Taggelder in der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, weniger lange, weniger Taggelder. In Zollikofen leben Migrantinnen und Migranten, die über keine oder ungenügende Ressourcen verfügen um im Arbeitsmarkt Fuss fassen zu können. Ohne Einkommen sind die Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Der dritte Punkt: IV-Gesuche und Renten werden strenger gehandhabt und die Sozialhilfe muss oft bis zum Entscheid vorfinanzieren oder sie muss ergänzend wirken. Wird ein Gesuch abgelehnt, fliessen auf Ertragsseite keine Gelder an die Gemeinde zurück. Die erwähnten ALV- und IV-Einrichtungen haben also einen unmittelbaren Einfluss auf die Ertragsseite in der Sozialhilfe in der Rechnung der Gemeinde. Ein grosser Teil des Kontos "Rückerstattungen wirtschaftliche Hilfe" besteht aus bevorschussten Arbeitslosen-Taggeldern und IV-Leistungen. Und gerade die IV-Leistungen beeinflussen das Ergebnis stark, weil sie oft über eine längere Zeit ausgerichtet werden. Ich möchte an dieser Stelle auf die Interpellation von Marcel Remund, beziehungsweise auf die Antwort des Gemeinderates hinweisen. Dort finden Sie die Hintergründe. Wer sie nicht mehr hat, kann sie von der Gemeindefwebseite herunterladen.

Präsidentin: Somit wäre für allgemeine Bemerkungen das Wort offen für die Fraktionen.

Markus Burren SVP: Das Budget hat nur deshalb besser abgeschlossen, weil wir "Schwein" gehabt haben. Das heisst, wie Kurt Jörg gesagt hatte, die Lätti-Grube hat uns massgeblich "den Karren zum Dreck herausgerissen". Die Rechnung zeigt die labile Lage der Gemeinde Zollikofen ganz klar auf. Neben stetigen Ausgaben bleiben die Einnahmen knapp stabil. Der harmonisierte Steuerbetrag ging in diesem Jahr zurück. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass unsere Rechnung nur dank der ausserordentlichen Einnahmen gerettet werden konnte.

Die Budgetdisziplin ist in der Rechnung ersichtlich. Aber es ist weiterhin gefragt, dass wir sachte haushalten mit unseren Steuergeldern. Die SVP lässt sich zum heutigen Zeitpunkt bewusst nicht auf eine Steuerfuss-Diskussion ein. Zuerst müssen die Kommissionen, die Verwaltung und der Gemeinderat die Hausaufgaben machen für den Budgetprozess 2015. Die Aufgabenstellung ist klar: Wir erwarten ein ausgeglichenes Budget, ohne dass ein Steuerhahn mehr geöffnet wird. Wie schon beim Verwaltungsbericht haben wir auch hier kaum Bemerkungen anzubringen. Zum NPM Sekundarstufe haben wir auch keine Bemerkungen und stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Marceline Stettler GFL: "Zollikofen schreibt schwarze Null" konnten wir Ende März lesen. Super - man kann zufrieden sein. Schwarze Nullen sind das Ziel vieler. Besten Dank allen Akteuren vor und hinter den Kulissen für ihre grosse Arbeit. Eine Arbeit, die nicht immer einfach ist und auch nicht immer dankbar. Die GFL wird dem Antrag des GR zustimmen - obwohl uns ein Satz im erwähnten Infoschreiben hellhörig machte: Zitat: *"Durch den erfreulich guten Abschluss wird die Finanz- und Schuldensituation der Gemeinde stabilisiert"*. Stabilisiert heisst laut Duden, etwas in einer Position oder Lage zu halten. Wir haben uns gefragt, wie eine Position oder eine Lage "gehalten werden kann", wenn diese nur dank einem einmaligen Zustupf überhaupt erreicht werden konnte?

Aus diesem Grund erlauben wir uns eine Bemerkung, ohne gleich den Drohfinger aufzustrecken und diese wäre nicht nur für den GR gedacht, er betrifft uns alle hier. Dieser Glücksfall mit den 1,3 Millionen ist wirklich nur einmalig oder anders ausgedrückt, ohne diesen Glücksfall wären wir noch tiefer in den roten Zahlen als budgetiert! Dies sollten wir nicht vergessen!

Martin Köchli, BDP: Die BDP hat die Jahresrechnung geprüft und wir sind der Meinung wie der Finanzvorsteher, wir beurteilen die Rechnung als erfreulich und solide. Die Rechnung schliesst mit einer schwarzen Null ab, das ist erfreulich. Aber ebenfalls zu erwähnen ist, dass ein ausserordentlich hohes Investitionsvolumen getätigt wurde von den Fr. 7,18 Mio., die doch aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten. In den letzten Jahren hatten wir einen durchschnittlichen Investitionsanteil von 11,3 Prozent. Auch die Bestandesrechnung weist wie erwähnt, keine festen Schulden aus und auch die Eigenkapitalanlage ist mit Fr. 14 Mio. erfreulich. Dies kam durch Mehreinnahmen zustande und wir werden in Zukunft keine Hand bieten zur Erhöhung der Steuersätze, aber das Positive muss erwähnt werden. Ebenfalls zu erwähnen: Der Vorbericht, der hier liegt, ist übersichtlich und gibt nachvollziehbar Auskunft über Minderaufwände und Erträge. Beim Punkt "Nettoaufwand Sozialhilfe", der über 109 Prozent über der Budget-Erwartung liegt, haben wir bereits vorgängig Informationen erwartet und nicht nur in einem Satz. Wir haben die Erklärung nun gehört. Abschliessend danken wir den Verantwortlichen für die Rechnungsführung, vorab David Portner und seinem Team und allen Beteiligten, die einen Beitrag zur Ausgabendisziplin geleistet haben.

Philip Steiner, SP: Die SP Fraktion hat den Bericht zur Rechnung 2013 besprochen und darf hier erfreut feststellen, dass das Gesamtergebnis wieder besser ausfällt als erwartet, ausgelöst durch den Ertrag aus der Mehrwertabschöpfung für das Gebiet „Lättere“, einem Ertrag, der gemäss Planungs- und Infrastrukturvertrag für diese Überbauung im Rechnungsjahr fällig geworden ist. Dieser zusätzliche Ertrag hat zu einem ausgeglichenen Abschluss geführt, anstatt einer Million Defizit. Ich möchte hier noch für die Erklärung danken, weshalb bei der Budgetierung noch nicht mit dieser Zahlung gerechnet werden konnte.

Wir danken dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die ausführliche, gut verständliche Rechnungsvorlage, aber auch all jenen Mitwirkenden in der Verwaltung und den Kommissionen, die im Budgetvollzug Disziplin gezeigt und so ebenfalls zum guten Abschluss beigetragen haben und hoffen, dass dieser Trend anhält. Die Erläuterungen im weissen Teil des Rechnungsdokumentes und in den Anhängen geben detailliert Auskunft zu allen Sachverhalten und lassen für uns keine Fragen offen. Wir danken für Wahrheit und Transparenz.

Die Stellungnahme der Finanzkommission nehmen wir zur Kenntnis und können den Ausführungen folgen. Sehr erfreulich ist auch für uns die Tatsache, dass die Gemeinde die Rechnung abschliesst, ohne fremde Schulden auszuweisen. Die SP betrachtet die Vermeidung von Schulden als eine gute und wichtige Sparmassnahme. Die weitgehende Vermeidung von Zinsen für externe Schulden muss für uns auch künftig ein Ziel bleiben.

Zu denken geben uns der steigende Aufwand für Sozialhilfe und der rückläufige Netto-Steuerertrag. Zu den Sozialhilfeausgaben gibt die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation Marcel Remund erschöpfend Auskunft. Eine zusätzliche Erklärung dazu hat vor einiger Zeit unser Volkswirtschaftsminister, Herr Bundesrat Schneider-Ammann geliefert, der

öffentlich die Meinung vertreten hat, dass bei Löhnen, die für den Lebensunterhalt nicht ausreichen, ja unser hervorragendes Sozialsystem den Ausgleich bringen könne. Kein Wunder, dass auf diese Art die Sozialausgaben weiter steigen.

Bei den Steuererträgen ist es ähnlich. Die Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2012 des Grossen Rates werden nun spürbar. Das Volk hat diese Steuerpolitik gutgeheissen. Sie bewirkt aber, dass überall Steuereinnahmen fehlen, die zur Aufgabenerfüllung von Kanton und Gemeinden nötig wären.

Die tieferen Steuererträge und weitere noch unsichere Auswirkungen des kantonalen Sparprogramms zwingen uns, die Entwicklung des Finanzhaushalts der Gemeinde auch in Zukunft sorgsam und kritisch zu beobachten. Der Voranschlag 2014 und der Finanzplan ab 2015 mahnen jedenfalls zur Vorsicht. Die SP-Fraktion empfiehlt die Jahresrechnung 2013 zur Genehmigung.

Marcel Remund, FDP: Wenn man die Jahresrechnung 2013 betrachtet, ist ein gewisser Wiedererkennungswert nicht abzustreiten. Zum wiederholten Mal schliesst die Gemeindefinanzrechnung besser als budgetiert ab, das Eigenkapital ist mit Fr. 14.4 Mio. gut ausgestattet und Zollikofen hat keine langfristigen Fremdschulden. Alles in allem sind unsere Gemeindefinanzen also sehr solid. Die FDP-Fraktion dankt dem Finanzvorsteher, dem Finanzverwalter und seinem Team für die kompetente Führung und Darstellung der Jahresrechnung. Wir werden die Jahresrechnung 2013 genehmigen.

Nach einigen Jahren mit eher tiefem Investitionsvolumen erhöhten sich die Investitionsausgaben auf Fr. 7,8 Mio. Die zwei grössten Positionen waren dabei die Sanierung der Mehrzweckhalle Geisshubel und die Sanierung des Verwaltungsgebäudes. Dies konnte nur teilweise aus der laufenden Jahresrechnung finanziert werden. Deshalb sanken die flüssigen Mittel um 6,3 auf noch Fr. 5,7 Mio. Aufgrund der geplanten Investitionen gemäss Voranschlag 2014 bzw. des Finanzplanes wird Zollikofen daher wohl bald wieder langfristige Fremdschulden aufnehmen müssen. Dies ist vertretbar, wenn es Finanzierungen für wirtschaftlich sinnvolle Infrastrukturvorhaben betrifft.

Der FDP-Fraktion bereiten hauptsächlich zwei negative Trends Sorgen:

1. Der Kostenanstieg in der sozialen Wohlfahrt geht weiter. Der Nettoaufwand konnte zwar gegenüber Vorjahr stabilisiert werden - dies jedoch nur aufgrund höherer Rückerstattungen bzw. höherem Nettoertrag aus dem Lastenausgleich. Die vom Bürger via Gemeinde- und Kantonssteuer zu tragenden Lasten nahmen zu.
2. Das Parlament hat in den letzten Jahren immer wieder neue wiederkehrende Ausgaben beschlossen. Diese mögen im konkreten Fall gut begründbar und überschaubar sein. Diese Ausgaben summieren sich jedoch mit der Zeit. Der Mut sollte da sein, sich auch Mal von nicht mehr prioritären Aufgaben zu trennen.

Zum Schluss möchte ich noch eine eher finanztechnische Frage an den Finanzvorsteher oder an den Finanzverwalter stellen. Für die Gemeinden im Kanton Bern soll ab 2016 schrittweise das harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 eingeführt werden. Gibt es eine Einschätzung, welche Auswirkung die Anwendung dieser Richtlinien auf die zukünftigen Jahresrechnungen von Zollikofen hätte, wie zum Beispiel die rückwirkende Anpassung des Eigenkapitals oder veränderter Abschreibungssätze?

David Portner, Finanzverwalter: Stichwort HRM 2: Wir haben innerhalb der Abteilung die erste Auslegeordnung gemacht. Die Vorgaben für die Abschreibungssätze werden neu definiert sein, die Darstellung der Jahresrechnung wird anders sein, also einschneidende Sachen. Nicht einfach ein "Lifting" der Jahresrechnung, wie sie heute vorliegt. Die Einführung ist auf den 1. Januar 2016 geplant, also die erste neue Jahresrechnung wird im Frühjahr 2017 vorliegen. Wir werden nun bezüglich der neuen Eigenheiten geschult, ab Herbst für das

Fachpersonal, danach gibt es Behördeninstruktionen, Finanzkommission, Gemeinderat, bis es dann auf Parlamentsebene "landen" wird. Wir werden vorzu, wenn wir es als nötig erachten, weiter informieren.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Auch wir finden das Ergebnis der Jahresrechnung erfreulich. Schlussendlich. Ich persönlich habe mich auf den Vorbericht, die ersten weissen Seiten im blauen Ringheft, konzentriert. Die Kommentare dort überzeugen. Wer diese Seiten nicht liest, verpasst Interessantes und Informatives. Der Finanzverwalter hat gewechselt, aber die Qualität der Dokumentation ist unverändert hoch geblieben. Wir danken dem Finanzvorsteher und dem Finanzverwalter für die sorgfältige Rechnungsführung. Wir werden der vorliegenden Rechnung zustimmen.

Toni Oesch, FdU: Seit vielen Jahren führe ich diese Tabelle (*Anmerkung der Protokollführerin: Siehe Tabelle Seite 73*) nach, fast 40 Jahre. Damit will ich vor allem zeigen, wie die Budgetzahlen jeweils von den effektiven Ergebnissen abweichen. Eine wichtige Prognose ist jene vom Herbst des Berichtsjahres. Sie zeigt einerseits die sinkende Tendenz des Defizites. Andererseits wird sie für die Budgetierung des Folgejahres herangezogen, die ja immer pessimistisch sein muss, um auszusagen, wir müssen die Steuern erhöhen. Frau Roll wird sicher die Tabelle ins Protokoll übernehmen, sodass ich nicht jede Zahl ablesen muss und wegen Redezeitüberschreitung abgewunken werde. Mit vielem Dank, sie macht das überhaupt "souguet".

Rechnungsjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Tsd.Fr.							
<b>a) Voranschlag: Aufwand- überschuss</b>	<b>-507</b>	<b>-1'492</b>	<b>-1,200</b>	<b>-541</b>	<b>-651</b>	<b>-1'412</b>	<b>-691</b>	<b>-1'051</b>
<b>b) Abschlussprognosen Fi.-Verwaltg. im Oktober:</b>								
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>-556</b>	<b>-823</b>	<b>-800</b>				<b>-472</b>	<b>-605</b>
<b>Ertragsüberschuss</b>				<b>57</b>	<b>2'537</b>	<b>300</b>		
<b>c) def. Rechnungsergebnis:</b>								
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b>426</b>	<b>209 *)</b>	<b>917 *)</b>	<b>443 *)</b>	<b>3'376*)</b>	<b>1'707</b>	<b>-334</b>	<b>137*)</b>
<b>Fehlprognosen</b>	<b>933</b>	<b>2'701</b>	<b>2'117</b>	<b>984</b>	<b>4'027</b>	<b>3'117</b>	<b>357</b>	<b>1'188</b>
<b>Steueranlage</b>	<b>1,45</b>	<b>1,45</b>	<b>1,45</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>
<b>*) 2006-2013 total 7,2 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet</b>								
<b>1 Steueranlage-Zehntel 1,54 Mio.</b>								
<b>Eigenkapital per anfangs Jahr:</b>								
<b>a) in Mio. Fr.</b>	<b>14,3</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,4</b>
<b>b) in Steuerzehnteln: Zollikofen</b>								<b>9,4</b>
<b>Bestandesrechnung per 31.12.2013:</b>								
								<b>Mio.Fr.</b>
								<b>Finanzvermögen</b>
								<b>29,4</b>
								<b>Verwaltungsvermögen</b>
								<b>22,9</b>
								<b>Total</b>
								<b>52,3</b>
								<b>Brandversicherungswerte: Gebäude</b>
								<b>118,3</b>
								<b>Mobilien</b>
								<b>14,1</b>
								<b>d.h. mind. 100 Mio.Fr. stille Reserven</b>
								<b>Mittel- und langfristige Schulden per 31.12.</b>
								<b>Null Null</b>
								<b>ohne Spez.Fi.</b>

Im Laufe der Zeit haben wir bei den Jahresabschlüssen immer positive Ueberraschungen erlebt. Auch im 2013 ist eine nicht budgetierte Einnahme von Fr. 1,3 Mio aus der Mehrwertabschöpfung Lättere vereinnahmt worden. Die ist früher herein gekommen als erwartet. Es ist richtig, solche ausserordentlichen Erträge nicht zu budgetieren, weil der Eingang ungewiss ist und weil der Schlendrian Auftrieb erhalten würde. Ein Wort zu dieser Mehrwertabschöpfung: Bei der Lättere-Einzonung ist viel zu wenig abgeschöpft worden, etwa Fr. 3 bis 3,5 Mio. Vom Planungsmehrwert von Fr. 12 Mio. würden bei einer 40-prozentigen Abschöpfung Fr. 4,8 Mio. herauschauen, aber man hat die Projektkosten, Kanalisation, Trottoir und sogar noch die Kosten für das Altlastenproblem und die Baugrundabsicherung abgezogen.

Auch die sogenannte Gratislandabtretung haben wir bezahlt. Die 40 Prozent sind früher vom Gemeinderat festgelegt worden. Münchenbuchsee schöpft 35 % ab, ohne jegliche Anrechnung. Die sind schlauer als wir in Zollikofen. Anlässlich der Volksabstimmung vom Februar 2013 hat das Schweizer Volk obligatorisch für die Mehrwertabschöpfung 20 Prozent festgelegt. Das hätte eigentlich rückwirkend Gültigkeit, also auch für die Lättere-Einzonung. Das ist unter der Aegide des freisinnigen Alt Gemeindepräsidenten Funk mit dem damaligen GGR passiert, mit Ausnahme von zwei Mitgliedern. Nur etwa 60 Prozent der Stimmenden haben anlässlich der Referendumsabstimmung zugestimmt.

Anlässlich der letzten GGR-Sitzung beim Geschäft Buslinie 41 hat der Freisinn auf höchstem Niveau über die Finanzen gejammert. Dann muss man sich schon fragen, wie sich das mit dem grosszügigen Geschenk von Fr. 3,5 Mio. an die Landeigentümer von der Lättere reimt. Ich komme im Detail darauf zurück, bei der Rechnungsabnahme.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen?

Markus Burren, SVP: Es freut mich, dass Ihr bei der Budgetdebatte alle mithelft, von links nach rechts war es zu hören, dass man zum Geld schauen soll

Präsidentin: Weitere Fragen aus dem Rat? Möchte der Gemeinderat eine Ergänzung anbringen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Detailberatung. Ich möchte Euch bitten, die Seiten und Kontonummern, sobald an der Reihe, klar auszusprechen, damit sich die anderen positionieren können - wir machen dies anhand der Farben.

*Vorbericht (S. 1-19, weiss):*

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat zur ganzen Rechnung keine Bemerkungen mehr. Erst zur Produktrechnung.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Martin Köchli, BDP: Seite 7, Öffentliche Sicherheit: "Der Nettoaufwand der Öffentlichen Sicherheit liegt um 6,4 Prozent unter dem budgetierten Wert". Dort müsste doch "über dem budgetierten Wert" stehen?

David Portner, Finanzverwalter: Hier geht es um den Nettoaufwand, er ist tiefer als im Voranschlag vorgesehen.

Toni Oesch, FdU: Seite 15 Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen im Steuerhaushalt, das heisst, ohne Spezialfinanzierungen, sind für Fr. 7,2 Mio. ausgewiesen. Wir müssen noch die Amortisation des Betagtenheims von Fr. 510'000.00 dazu zählen. Das ergibt dann für Fr. 7,7 Mio. Investitionen und somit Fr. 6,8 Mio. höher als im 2012.

Dieser grosse Zuwachs ist die Folge der grossen, im gleichen Jahr ausgeführten Investitionen, wie die Renovation des Gemeindehauses und der Mehrzweckhalle. Das ist ein Fehler gewesen, weil dadurch die Abschreibungen enorm in die Höhe getrieben wurden. Mit Fr. 1,7 Mio. sind sie um Fr. 660'000.00 höher ausgefallen als im Vorjahr. Weil der Abschreibungssatz von 10 Prozent vom Buchwert im ersten Jahr enorm anhängt, gibt es diese grosse Spitze.

Auf das Jahr 2015 oder 16 war vorgesehen, auf das viel bessere Abschreibungsmodell „Abschreibung vom Herstellungswert“ umzustellen. Beim Kanton gab es anscheinend Schwierigkeiten, so dass die nötige Umstellung um ein Jahr verschoben wird.

Im zweitletzten Abschnitt des gleichen Kapitels wird die letztmalige Amortisation von Fr. 510'000.00 des Investitionsbeitrages des Betagtenheims erwähnt und auf das Konto 570.669.01 verwiesen. Zur Wiederholung soll gesagt sein: Mit der neuen Finanzierung müs-

sen die Heiminsassen auch an die Infrastruktur bezahlen. Deshalb sind viele gezwungen, Ergänzungsleistungen EL zu beziehen. Das sind Steuergelder. Im Heim sind 2013 keine Investitionen mehr getätigt worden, aber einige Jahre vorher noch für rund Fr. 700'000.00 jedes Jahr. Die sind als Unterhalt verbucht worden und es wurden immer noch Gewinne ausgewiesen. Andererseits sind 2013 die Tarife gesenkt worden.

Neben dem finanziellen Aspekt gibt es noch einen ideellen, nämlich der Verlust in drei Jahren unseres intakten Betagtenheims. Die Schliessung des Heims ist ja damit begründet worden, die Verluste seien nicht tragbar und es sei nicht Aufgabe der Gemeinde, ein Altersheim zu betreiben. Zudem ist Angstmacherei betrieben worden, das Haus sei nicht erdbebensicher. Das alles ist passiert unter der tatkräftigen Mithilfe von SP-Regierungsrat Perrenoud.

In der BZ vom 7. Mai steht, dass die Gewerkschaften befürchten, dass unter dem Gewinnstreben der privaten Betreiber die Qualität der Betreuung in den Heimen leidet. Nationalrat Corrado Pardini von der Unia meint, die weitere Privatisierung sei höchst problematisch, die Löhne würden zugunsten der Rendite gedrückt und wenig qualifizierte Arbeitskräfte würden angestellt.

Nachdem unser Betagtenheim bei der Gemeinde mit Nullwert in den Büchern steht, wäre es wichtig zu wissen, was das für Auswirkungen auf das Heim hat, ob es weiterhin Amortisationen leisten muss oder ob es die Tarife deshalb senken kann. Dadurch würde unser Heim konkurrenzfähig zu privaten Heimen. Ich bitte Kurt Jörg darüber um Auskunft. Er ist ja Vizepräsident des Altersheimvereins, man weiss, nicht aus altruistischen Gründen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Es sind viele Fragen, ich versuche Antworten zu geben, fragen Sie sonst bitte nach. Die Tarife wurden gesenkt, weil der Entscheid gefallen war, dass das Heim geschlossen und an die Bernstrasse gezügelt wird. Somit haben wir weniger Investitionsbedarf und es geht nur um diesen, es wurde nur der Teil gesenkt, der wesentlich kleiner ist, als wenn man in die Zukunft weiter betreiben würde. Darum hat man die Tarife vorübergehend gesenkt und das steht auf jeder Abrechnung, es ist eine vorübergehende Senkung, weil der Investitionsbedarf weniger hoch ist für die Restzeit, in welcher das Heim betrieben wird.

Es werden trotzdem laufend Investitionen gemacht, das Heim wird für die Bewohner auf einem guten Standard gehalten, ich möchte hier ausdrücklich erwähnen, dass nichts "verlortert". Als der Kanton das Finanzierungssystem geändert hat, machte das nicht die Gemeinde. Wir müssen uns aber daran halten, die Kostenobergrenze einzuhalten. Diese ist vom Kanton vorgegeben. Das Betreuungspersonal ebenfalls. Sonst kann es nicht aus den Geldern der EL finanziert werden. Anders gesagt: Bewohnende des Heimes können keine EL beziehen, wenn sich das Heim nicht an die Vorgaben hält. Diese müssen jährlich bei der kantonalen Direktion, der Gesundheits- und Fürsorgedirektion hinterlegt werden. Hier gibt es keine Bereicherung auf privater Seite. Sind noch weitere Fragen?

Toni Oesch, FdU: Danke, es ist in Ordnung. Noch eine Frage zur Seite 17, Selbstfinanzierungsgrad: Dieser wird hier mit 11,91 Prozent angegeben, aber für 2013 hat sich die Gemeinde nicht neu verschuldet. Wie ist das zu verstehen? Geht es hier um kurzfristige Schulden? Mittel- und langfristige Schulden ist ausgewiesen "Null".

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir haben keine Fremdschulden, keine Schulden bei der Bank oder anderen Geldinstitutionen. Wir haben aber noch Schulden bei unseren Spezialfinanzierungen. Bei Wasser, Abwasser, Antennenanlage und so weiter. Aber wir haben keine Fremdschulden.

Toni Oesch, FdU: Ich muss nachdoppeln. Auch der Selbstfinanzierungsgrad für den Steuerhaushalt ohne Spezialfinanzierung ist lediglich knapp, 26 Prozent. Etwas kann hier nicht stimmen. Hier müssen Sie nochmals über die Bücher.

David Portner, Finanzverwalter: Der Selbstfinanzierungsgrad, welcher auf Seite 17 oben ausgewiesen ist, bemisst ein Jahr. Es bildet nicht die verfügbaren Mittel aus den Vorjahren ab, sondern den Umsatz im Jahr. Die 11,91 Prozent, mit der Investitionstätigkeit, die dort berechnet ist, gibt die Selbstfinanzierung und dort dazu die Nettoinvestitionen. Die Auflistung und Ausrechnung findet man auf Seite 85 detailliert ausgewiesen, wie sich der Selbstfinanzierungsgrad bemisst. Er schaut strikte das Betreffnis pro Jahr an. Per Ende Jahr haben wir keine Fremdmittel, sowohl kurzfristig, das heisst, bis zu einem Jahr und langfristig, das heisst, ab einem Jahr – alles ist "Null". Im Dezember brauchten wir kurz eine Finanzierungspritze von Fr. 1 Mi, man sieht sie im Buchverkehr, als Überbrückungskredit, den wir aber per 31.12. schon wieder zurückgezahlt haben.

*Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 20 - 21, hellgelb):*

Keine Bemerkungen.

*Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 22 - 23, grün):*

Keine Bemerkungen.

*Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 24, rosa):*

Keine Bemerkungen.

*Artengliederung Laufende Rechnung (S. 25 – 29, weiss):*

Keine Bemerkungen.

*Artengliederung Investitionsrechnung (30 – 32, weiss):*

Keine Bemerkungen.

*Abschreibungstabelle (S. 33 - 34, hellblau):*

Keine Bemerkungen.

*Verpflichtungskreditkontrolle (S. 35 - 41, gelb):*

Keine Bemerkungen.

*Nachkredittabelle (S. 42 - 44, weiss):*

Keine Bemerkungen.

*Laufende Rechnung; Detail (S. 45 - 66, rosa):*

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den laufenden Rechnungen, wo es Kontonummern hat. Wenn jemand eine Bemerkung hat, machen wir das kapitelweise:

*Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung (S.45 – 47)*

Keine Bemerkungen.

### 1 Öffentliche Sicherheit (S. 47 – 49)

Keine Bemerkungen.

### 2 Bildung (S. 49 – 52)

Keine Bemerkungen.

### 3 Kultur und Freizeit (S.52 – 55)

Keine Bemerkungen.

### 4 Gesundheit (S. 54 + 55)

Keine Bemerkungen.

### 5 Soziale Wohlfahrt (S. 55 – 57)

Toni Oesch, FdU: Seite 56 Altersheime, Kto. 570.469.01 Abgeltung Infrastruktur rund Fr. 249'000.00.00 Das ist die Rechnung der Gemeinde an das Betagtenheim, etwa analog der Abgeltung eines Baurechts. Hier schalte ich eine Bemerkung ein: Zuhanden des Protokolls sei erwähnt, dass die Stiftung Waser, das neue Demenzzentrum an der Bernstrasse, an die BDO übergegangen ist. Das hat Kurt Jörg an der HV des Altersheimverein vom 22. April gesagt und die Unternehmung gerühmt. Vielleicht kann er etwas darüber sagen. Vorher hat sie Visura geheissen. Ich kenne diese Solothurner Treuhand- und Immobilien-Gesellschaft gut. In der BZ vom 7. Mai hat man lesen können, dass die zukünftige Betreiberin vom Zentrum, die Senevita, an die französische Orpea-Gruppe verkauft worden ist. Wie sich das entwickeln wird, ist ungewiss. Der französische Wirtschaftsminister will bekanntlich gegen die Schweiz vorgehen wegen der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative.

Der Leiter der Unternehmensentwicklung Müller bei der Senevita hat vorher bei der Bauunternehmung Marazzi das Sagen gehabt. Ich habe ihn kennen gelernt, als er die Kläymatte- und die Häberlimatte überbaut hat. Er ist YB-Präsident. Das Stadion Wankdorf hat Marazzi gebaut. Auch die Marazzi AG ist schon vorher mit der Losinger nach Frankreich verkauft worden, dort an die grösste Bauunternehmung Buygues. Sie hat sogar eine eigene Mannschaft an der Tour de France. Man kann auch hier sagen: „Der geneigte Leser merkt etwas“, aber nur vielleicht.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich habe nirgendwo gesagt, dass die Waser-Stiftung in andere Hände übergegangen ist, weder an einer Hauptversammlung noch sonst irgendwo. Ich weiss nichts davon. Die Senevita ist übergegangen, bleibt aber innerhalb der Gruppe eine eigenständige Unternehmung in der Schweiz. Sie kann aber vom europäischen Know how profitieren. Das waren ungefähr meine Worte an der Hauptversammlung.

### 6 Verkehr (S. 57 bis 59):

Keine Bemerkungen.

### 7 Umwelt und Raumordnung (S. 59 – 63)

Keine Bemerkungen.

### 8 Volkswirtschaft (S. 63 - 64)

Keine Bemerkungen.

*9 Finanzen und Steuern (S. 64 – 66)*

Keine Bemerkungen.

*Investitionsrechnung; Detail (S. 67 - 72, orange):*

Keine Bemerkungen.

*Bestandesrechnung; Detail (S. 73 - 79, grün)*

Toni Oesch, FdU: Seite 75, Kto 1143.18: Der Beweis, dass per 31.12.2013 das Betagtenheim mit Null Franken zu Buche steht.

*Anhänge 1 - 3 (S. 80 - 82, weiss)*

Keine Bemerkungen.

*Zusatzauswertungen (S. 83 -92, weiss)*

Martin Köchli, BDP: Die Säule "Investitionsanteil" auf Seite 88 das ist nicht der Mittelwert sondern der Eingangswert, der dargestellt ist. Das zeigt das hohe Investitionsvolumen.

David Portner, Finanzverwalter: Danke für den Hinweis, wir haben es bereits korrigiert. Auch bei der Informatik läuft nicht alles automatisch, manchmal muss man das Jahr auch entsprechend am richtigen Ort eintragen. Jede Säule müsste einmal nach links verschoben werden, dann wäre es richtig.

Präsidentin: Damit haben wir die Rechnung 2013 beraten. Wir kommen nun zur Produktrechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2013 für die Sekundarstufe I. Zu den allgemeinen Bemerkungen.

Peter Bähler, GPK: Die Geschäftsprüfungskommission Zollikofen hat am 23. April 2014 die Wirkungsprüfung nach Gemeindeverfassung Art. 57, Absatz 2, Buchstabe c, vorgenommen. Der Bericht des Gemeinderates über die Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele der einzelnen Produkte der Sekundarstufe I liegt Ihnen vor.

Die Prüfung beschränkte sich auf Stichproben zur Beurteilung ausgewählter Produkte bezüglich der formellen Anforderungen, der Richtigkeit der Indikatoren und der Angemessenheit des Standards. Geprüft wurden besonders jene Indikatoren, die im Vorjahr Anlass zu Bemerkungen der GPK gegeben hatten oder die verlangten Ziele nicht erreicht wurden. Weiter folgte die Kontrolle, ob die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung dem Reglement entsprechen.

Die GPK dankt dem Gemeinderat, der Schulverwaltung und der Schulleitung für den Bericht und die ergänzenden Unterlagen. Von den total 26 geprüften Leistungszielen wird der Zielwert bei 23 erreicht oder überschritten. Bei drei Teilvorgaben wurde das Leistungsziel nicht erreicht. Die entsprechenden Begründungen, welchen die GPK folgen kann, finden Sie im Bericht auf Seite 12. Die Geschäftsprüfungskommission bestätigt, dass die Berichterstattung des Gemeinderates richtig und aussagekräftig ist.

Fragen und Bemerkungen zu einzelnen Punkten aus der Berichterstattung wurden mit den zuständigen Personen (Gemeinderätin Sabine Huber, Abteilungsleiterin Sandra Burkhalter, Schulleiter Andreas Leutwyler und Rolf Graber) direkt besprochen. Die Abweichungen sind begründet, die Massnahmen eingeleitet und es sind keine weiteren Steuerungen des Parlamentes nötig.

Die GPK stellt zudem fest, dass die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung gemäss dem Reglement erfolgt waren. Ob die Abläufe zum Entscheid (Schulleitung – Bildungskommission – Departementsleitung) reglementsgemäss erfolgten, konnte nicht abschliessend geprüft werden. Zudem fehlt bei den Entnahmen die Produktzuweisung. Die Aufteilung erfolgt nach dem Schlüssel der Allgemeynkosten. Die GPK konnte aber keine Ungereimtheiten feststellen.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Bericht des Gemeinderates zu genehmigen.

Präsidentin: Danke, wir bleiben bei den allgemeinen Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat sich äussern? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Fraktionen: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Bemerkungen der Ratsmitglieder?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen. Wir gehen die Produkterechnung nun im Einzelnen durch.

*Produkt 1 Unterricht*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 2 Kultur und Projekte*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 3 Gesundheit und Soziales*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 4 Information und Zusammenarbeit*

Keine Bemerkungen.

*Anhang 1a*

Keine Bemerkungen.

Präsident: Damit haben wir die Produkterechnung NPM beraten und ich stelle fest, dass wir das so zur Kenntnis genommen haben. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Jahresrechnung, so wie sie vorliegt, zustimmen will, soll die Hand erheben.

### **Abstimmung**

**Der Rat beschliesst einstimmig:**

- 1. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2013 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 306'470.15 wird Kenntnis genommen.**
- 2. Die Jahresrechnung für das Jahr 2013, abschliessend mit:**
  - **einem ausgeglichenen Saldo der Laufenden Rechnung;**
  - **Nettoinvestitionen von Fr. 7'774'139.55;**
  - **Eigenkapital von Fr. 14'418'127.97;**

**wird genehmigt.**

---

Präsidentin: Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und auch dem Gemeinderat für die klare Berichterstattung danken. Dies ermöglicht auch ein zügiges Durcharbeiten der Rechnung.

---

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE